

Die Linke, Stadtratsfraktion, Am Bachl 16, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Michael Kern

Datum 04.05.2026

E-Mail [caroline.klapper@dielinke-  
ingolstadt.de](mailto:caroline.klapper@dielinke-ingolstadt.de)

Gremium	Sitzung am
Stadtrat	05.05.2026

**Änderungsantrag zur Satzung zur Regelung des örtlichen  
Gemeindeverfassungsrechts (Rechtsstellungs- und Entschädigungssatzung)  
- Änderungsantrag der Stadtratsfraktion Die Linke vom 04.05.2026 -**

Sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrats, wir bitten die Satzung folgendermaßen anzupassen:

**Antrag**

1. §9 Monatliche Aufwandsentschädigung: Absatz (3), (4) und (5) werden ersatzlos gestrichen, folgende Absätze rücken nach.
2. §12 Anpassung und Einzelfallregelungen für Entschädigungen:

*“Die monatlichen Aufwandsentschädigungen nach § 9 i.V.m. § 12 Abs. 1 für Tätigkeiten ab dem 01. Januar 2025 werden um 10 v.H. gekürzt”*

wird durch

*“Die monatlichen Aufwandsentschädigungen nach § 9 i.V.m. § 12 Abs. 1 für Tätigkeiten ab dem 01. Juni 2026 werden um 20 v.H. gekürzt”*

ersetzt.

**Begründung**

Die Haushaltslage unserer Kommune bleibt prekär, in allen Positionen werden Einschnitte beschlossen. Während wir in der Zivilgesellschaft Bereitschaft sehen, zurückzustecken und sich auf Erhalt und Umstrukturierung bestehender Angebote zu konzentrieren, war die Motivation des Stadtratsgremiums, eigene Entschädigungen zu kürzen, bisher gering. Dieser Antrag verfolgt daher zwei Ziele.

Zunächst will er Glaubwürdigkeit für die vielen Einschnitte, die unsere Mitbürger:innen in den nächsten Jahren erdulden müssen, schaffen. Ein Stadtrat, der kulturelle und soziale Infrastruktur abbaut, ohne gleichzeitig bei sich selbst den Rotstift anzusetzen, sorgt für Misstrauen und Politikverdrossenheit.

Weiterhin macht alleine die Streichung der Aufwandsentschädigung der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden ein Einsparpotential von über 30.000 Euro aus, einer Summe die zwar im Vergleich zu unserem Haushaltsloch sehr gering wirkt, als Einsparung, etwa bei einer Kultureinrichtung oder im Jugendbereich, aber existenzbeendend sein kann. Die Streichung der zusätzlichen Aufwandsentschädigungen für Ausschussprecher:innen kann je nach Anzahl der Ausschüsse Einsparungen im sechsstelligen Bereich bringen.

Wir halten es schlicht für notwendig, dass der Stadtrat sichtbar und transparent seinen Teil beiträgt, um uns aus dieser Haushaltskrise zu führen. Solange unsere Mandatsträger:innen nicht bereit sind, eigene Privilegien hinter das Gemeinwohl zu stellen, können sie von unseren Mitbürger:innen kein Einverständnis für ihre sparpolitischen Entscheidungen erwarten.

Mit freundlichen Grüßen

Caroline Klapper  
Mitglied des Stadtrats

Eva Bulling-Schröter  
Mitglied des Stadtrats

Malik Diao  
Mitglied des Stadtrats